Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31 367
Telegr.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 666
Postscheck-Konto: Nr. 512 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz, Wachwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Nur ein Viertelstündchen Lachen, Aus alter u. neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis betr. monatl. M. 2.–, einschl. 30 Pfg Trägerlohn durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. M. 2.–, einschl. 30 Pfg. Postgeb. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferg. bzw. Nachlieferg. d. Zeitung od. Rückzahl. d. Bezugsgeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Freisal. Bei unverl. eingel. Manuskr. ist Rückp. beizufüg. Für Anzeigen, die durch Fernspr. aufgegeb. werd., könn. wir eine Verantw. bez. d. Richtigk. nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
94. Jahrgang

Anzeigen werden die 8 gespaltene Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet. Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

Nr. 297 — Dienstag, den 20. Dezember — 1932

Seid einig

um der deutschen Not willen.

Um für Weihnachten die Opferwilligkeit derer, die noch helfen können, zugunsten unserer notleidenden Volksgenossen zu wecken, hat Reichspräsident von Hindenburg der deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege als Reichszentrale der Winterhilfe das folgende Werbewort für die Winterhilfe in handschriftlicher Aufzeichnung zugehen lassen:

„Die Not muß alles Trennende überwinden. Wer den Ruf der Winterhilfe ‚Wir wollen helfen' befolgt, der schafft neue Hoffnung und neuen Glauben an Volk und Vaterland!

Berlin, zu Weihnachten 1932. v. Hindenburg!"

Hindenburg läßt sich Bericht erstatten

Reichskanzler v. Schleicher wurde gestern vom Reichpräsidenten empfangen. Die Besprechungen bezogen sich, wie Berliner Blätter berichten, auf die Notverordnung, die heute nachmittag im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden soll. Sie wird nicht den Titel „Verordnung zum Schutze des inneren Friedens" tragen. Der Titel ist auf Grund der Beratungen in den Ressorts geändert.

Die Verordnung umfaßt 18 Paragraphen, deren Inhalt sich auf die Aufhebung der Verordnung über die Sondergerichte und Zuchthausstrafen für politischen Terror und die Aufhebung der Pressenotverordnungen bezieht. Die Verordnung wird mit einer Erklärung und ausführlichen Begründung der Reichsregierung bekanntgegeben werden.

Soll das Handwerk als Stiefkind behandelt werden?

In einer Stellungnahme des Reichsverbandes für das deutsche Handwerk zur Rundfunkrede des Reichskanzlers wird unter anderem erklärt, daß der Reichsverband dem einzigen Programmpunkt der neuen Reichsregierung „Arbeit schaffen" lebhaft zustimme. Er erwartet jedoch, daß auch die Vorschläge der handwerklichen Spitzenverbände Beachtung und Verwirklichung finden, was insbesondere für den wiederholt vorgebrachten Antrag gelte, für die Instandsetzung des Althausbesitzes weitere 200 Millionen RM. zur Verfügung zu stellen.

Daß die Finanzierungsfrage des Arbeitsbeschaffungsprogramms keine Gefährdung der Währung mit sich bringen dürfe, sei für das Handwerk eine Selbstverständlichkeit.

Auch die Notwendigkeit, möglichst viel zu siedeln, begrüße das Handwerk. Der beschleunigten Abwicklung des Osthilfeverfahrens werde das Handwerk ebenfalls zustimmen, soweit hierin vor allem der Abbau des einseitigen Vollstreckungsschutzes der Landwirtschaft eingeschlossen werde.

Lebhaft zu bedauern sei, daß der Kanzler mit keinem Wort auf die Notlage des Handwerkes eingegangen sei, was um so mehr auffallen müsse, als Schleicher freundschaftliche Worte für andere Berufsstände gefunden habe.

Es müsse darauf hingewiesen werden, daß das Handwerk in normalen Zeiten acht Millionen Deutschen Arbeit gebe.

Der Reichsverband erwartet, daß möglichst bald eine Aussprache seiner Vertreter mit dem Kanzler stattfinden werde.

Ein schlauer Winkelzug des Aeltestenrates:

Erst Reichsratsabstimmung über die Amnestie, dann Entscheidung über Reichstagseinberufung

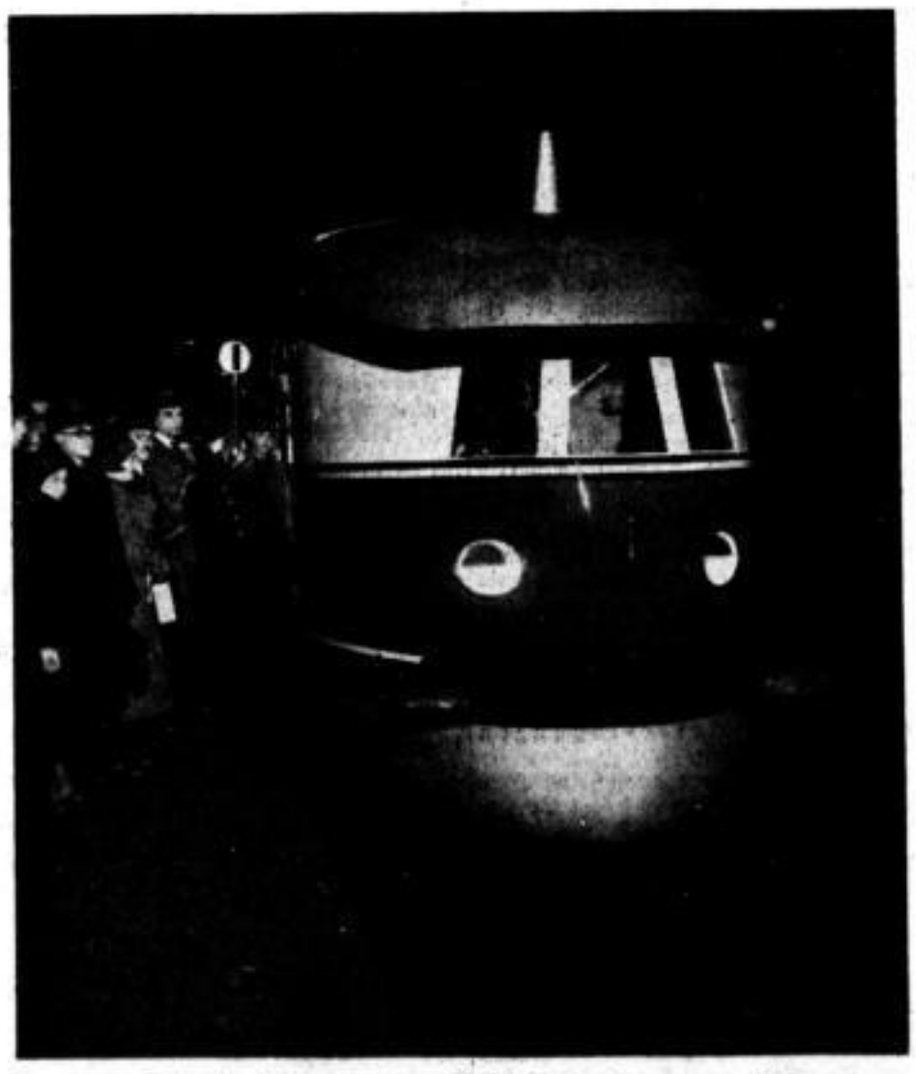
Der Aeltestenrat des Reichstags hat am Montagabend beschlossen, in der Frage des Zusammentritts des Reichstags die Entscheidung erst nach der Vollsitzung des Reichsrats am Dienstagabend zu fällen. Der Reichsrat tritt am Dienstag um 17 Uhr zusammen. Sollte die Amnestievorlage im Reichsrat scheitern, so ist mit ziemlicher Sicherheit damit zu rechnen, daß eine Mehrheit des Reichsrats den Zusammentritt des Parlaments am Donnerstagnachmittag beschließen wird.

Einleitend führte Präsident Goering aus, daß eine Reichstagseinberufung vor Weihnachten an sich wenig erwünscht sei. Wenn der Reichsrat gegen die Amnestie Einspruch erheben sollte, stehe ihm eine vierzehntägige Frist zur Begründung des Einspruchs zu.

In der anschließenden Aussprache blieben die Kommunisten mit dem Antrag auf Einberufung des Reichstages zur Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung und zur Abstimmung über ihren Mißtrauensantrag allein. Ein sozialdemokratischer Antrag, den Reichstag auf Donnerstag einzuberufen, damit über die Winterhilfe und nötigenfalls auch über die Amnestie debattiert werden könne, fand außer den Antragstellern nur die Unterstützung der Kommunisten. Schließlich einigte man sich darauf, wie oben mitgeteilt, die Entscheidung erst zu fällen, wenn die Entscheidung des Reichsrates über die Amnestie vorliegt.

Diese Stellungnahme des Aeltestenrates gibt der Reichsregierung unzweifelhaft eine starke Waffe in die Hand, um noch vor der Entscheidung des Reichsrates auf die Vertreter der Länder und Provinzen dahin einzuwirken, daß sie von einer Erhebung des Einspruchs Abstand nehmen.

Trotzdem ist die Lage im Reichsrat bis jetzt noch nicht völlig geklärt.



Der neue Schnelltriebwagen der Reichsbahn startet nach Hamburg

Unser Bild zeigt den Moment der Abfahrt von Berlin Lehrter Bahnhof. (Vergl. den ausführlichen Bericht auf der Beilage.)

Mit Gewalt, nicht auf dem Volkswillen aufgebaut

Solange die Kommunistische Partei in Sowjetrußland an der Macht ist, wird sie auch durch den ewigen Konflikt zwischen der einwandfreien Instandhaltung des Parteiapparates und der Neigung, mit möglichst hohen Mitgliederziffern aufwarten zu können, in Atem gehalten. Es ist natürlich peinlich, von Sowjetrußland als einem Volksstaat im idealen Sinne des Wortes sprechen zu sollen und zugleich bekennen zu müssen, daß sich der Gruppe, die diesen Volksstaat geschaffen hat und in Händen hält, nur eine ganz verschwindende Minderzahl angeschlossen hat. Allein der Propagandawert der großen Zahlen ist nur zu fragwürdig; man hat sich in Rußland schließlich doch an den stärkeren Aktionswert der zahlenmäßig kleinen Gruppe gehalten und so ist

die Mitgliederziffer der russischen Kommunistischen Partei niemals wesentlich über anderthalb Prozent der Gesamtbevölkerung gestiegen;

im großen Durchschnitt entsprach sie in den verflossenen 15 Jahren eigentlich immer ziemlich genau 1% der Gesamtbevölkerung.

Selbstverständlich hatte Lenin recht, als er schrieb: „Wir fürchten eine übermäßige Erweiterung der Partei, denn Streber und Halunken, die eigentlich verdienten erschossen zu werden, versuchen sich an die regierende Partei anzuschließen." Aus diesem Gesichtspunkt heraus setzte sich im Jahre 1921 die Furcht vor den zweifelhaften und „unreinen" Elementen in der Partei gegen den an sich begreiflichen Wunsch einer Verbreiterung der sozialen Basis, des zahlenmäßigen Unterbaues der Partei und damit des Regimes durch und die „Nabor" — Aushebungskampagne — der ersten Jahre machte der ersten „Tschistka" — der Säuberungskampagne — Platz.

In den Jahren 1921—24 wurden aus der Partei über 200 000 Mitglieder, d. h. gegenüber dem Stande von 1921 50% des Gesamtbestandes ausgeschlossen, und zwar ungefähr doppelt so viel Arbeiter als Bauern.

Allein in den ersten 12 Monaten nach Fassung des Beschlusses über die Vornahme dieser Generalsäuberung wurden mehr als 180 000 Mitglieder ausgeschlossen. Schließlich wurde es den für diese Säuberungsaktion Verantwortlichen selbst etwas bedenklich und als Lenin starb, ergab sich ganz von selbst die neue Parole: der Leninschen Tschistka folgte der Leninsche Nabor, noch der tote Lenin sollte im Sinne der Konsolidierung des durch seinen Tod augenblicksweise gefährdet erscheinenden Regimes wirken.

Es kam, was kommen mußte: unter den 200 000 neuen Mitgliedern, die diese Leninsche Aushebung der Partei wieder zuführte, war eine große Zahl von reinen Opportunisten.

insbesondere wurde das Problem der Parteibürokratie immer brennender.

Auf jedem Kongreß und auf allen Parteikonferenzen wurde beklagt, daß die Zahl der wirklichen Arbeiter in der Partei abnehme, daß dagegen die Sowjetbürokratie fortgesetzt wachse. Tatsächlich ist eine reinliche Scheidung zwischen echten Arbeitern und Parteibürokraten kaum möglich, da die meisten altgedienten Parteimitglieder, auch wenn sie nicht reine Parteifunktionäre sind, neben ihrer praktischen Arbeit irgendwelche Parteiämter bekleiden. Immerhin beschloß das Zentralkomitee der Partei, als man sich der Not-